

! ein einiges, freies und starkes Deutschland

Spaltung Deutschlands und die damit verbundene Gefahr eines Krieges in Europa bestehen bleibt.“

Das deutsche Volk steht also jetzt vor der Aufgabe, mit Unterstützung der Sowjetunion und aller friedliebender gegen den Widerstand der imperialistischen Kreise Westdeutschland, der USA-hörigen Adenauer-Clique, sein auf einen Friedensvertrag durchzusetzen. Die Politik Adenauers, der im Auftrage der USA-Imperialisten und als en Verbündeter Deutschland endgültig zerreißen will, gegen die Interessen des deutschen Volkes, gegen den *den gerichtet. Adenauer will keinen Friedensvertrag, dem er will Westdeutschland und seine Bevölkerung für aussichtslose Sache der USA-Imperialisten, für den von en vorbereiteten neuen Weltkrieg opfern.

Zusammengebrochen sind alle die „beliebten“ Manöver imperialistischen Kriegshetzer, die Vorschläge der fjetregierung als „Propaganda“ abzutun. Jeder ehrliche nsch, dem es um den Frieden und die Zukunft unseres kes ernst ist, hat die Aufrichtigkeit der Erklärung der fjetregierung empfunden und mit Freude und Dankbar- : festgestellt, daß diese Vorschläge auf die Schaffung 3 einigen, freien und starken Deutschlands gerichtet i, das ein gleichberechtigtes Mitglied der Familie der dliebenden Völker Europas sein wird.

Der Vorschlag der Sowjetunion fordert, daß Deutschland einheitlicher Staat wiederhergestellt wird, denn nur ein intes Deutschland kann sich als unabhängiger, demokrater und friedliebender Staat entwickeln.

Die augenblickliche Spaltung ist ein unnormaler Zustand, die Gefahr des Wiedererstehens des deutschen Militarismus; in Westdeutschland heraufbeschwört. Die Spaltung rt, wenn sie nicht überwunden wird, zum Bruderkrieg, die Adenauer-Clique, die Revanche-Politiker und „Uralmer“ Hallstein, Blücher, Kaiser usw. vorbereiten.

Die Sowjetunion will ein freies, d. h. ein friedliebendes, lokratesches Deutschland. Von einem freien Deutschland n man nur sprechen, wenn das deutsche Volk in allen en seines Landes das garantierte Recht hat, offen und ehindert für den Frieden einzutreten und über sein en selbst zu bestimmen. Kriegspropaganda und Hetze en andere Völker müssen verboten sein und gesetzlich traft werden.

[m Separatstaat Adenauers zeigt sich kraß die enge Ver- iung zwischen aggressiver Politik nach außen — und reiheit, Terror gegen Friedensfreunde im Innern. Das ist alte Kurs der Hitlerfaschisten. Erst die Sicherung der en Freiheit für alle friedliebenden Deutschen im Innern Landes garantiert auch die Durchführung einer friedlie- den Außenpolitik des einheitlichen Deutschlands. Des-) dürfen die jedem Bürger des einheitlichen Deutsch- ls zustehenden demokratischen Rechte nicht nur formal ehnen, sondern die Möglichkeit, jederzeit von diesen hten Gebrauch zu machen, muß gewährleistet sein, »seorgane, Versammlungsräume usw. müssen den Mas- des Volkes, unabhängig von Besitz usw., zur Verfügung en.

ie Grundfreiheiten und Menschenrechte, dazu gehören allem auch das Recht auf bezahlte Arbeit, auf Schutz Hilfe bei sozialen Notfällen, bei Invalidität und im ir, müssen durch die Politik des Staates gesichert werden.

m Separatstaat Adenauers werden die Menschenrechte Grundfreiheiten mit Füßen getreten. Verfassungsbrüche fen sich; die Wirtschaftspolitik ist gegen die Interessen Volkes gerichtet; Demokraten und aufrechte Patrioten

werden verfolgt, aus ihren Berufen vertrieben; es herrschen Massenarbeitslosigkeit, Preissteigerungen, Lohnsenkungen usw.; demokratische Organisationen werden verboten oder mit Verboten bedroht. Hingegen haben die Spekulanten und Schieber, die Herren der Rüstungsmonopole und die Junker, Spielbankbesitzer und Kriegshetzer im Bereich der Söldner Adenauers und Lehrs alle Freiheiten und genießen große Vorrechte.

In einem einheitlichen Deutschland, so sieht es der Frie- densvertragsvorschlag der Sowjetunion vor,

„muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein, sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu ent- scheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.“

Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, dürfen dagegen auf dem Territorium Deutschlands nicht bestehen.

Die Sowjetunion will ein starkes, d. h. ein unabhängiges, gleichberechtigtes Deutschland.

Von größter Bedeutung für die Sicherung der Unabhän- gigkeit und Gleichberechtigung Deutschlands sind der Punkt 7 der politischen Leitsätze des Vertragsentwurfes der Sowjetregierung, die wirtschaftlichen und militärischen Leit- sätze sowie die Zusage, das Ersuchen Deutschlands um Auf- nahme in die Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Der Punkt 7 der politischen Leitsätze lautet:

„Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.“

Das deutsche Volk sieht in diesem Leitsatz keinerlei Beschränkung seiner Souveränität, denn es ist daran inter- essiert, mit allen Völkern, die gegen das verhaßte Regime des Hitlerfaschismus gekämpft haben, in Frieden und Freundschaft zu leben.

Tatsächlich beschränkt dieser Leitsatz nicht die souve- ränen Rechte des deutschen Staates, sondern — im Gegen- teil — er schützt und sichert sie gerade, denn er schließt eine Einbeziehung Deutschlands in diese oder jene, gegen irgendeinen friedliebenden Staat gerichtete Mächtiggrup- pierung aus.

Die Sowjetunion beabsichtigt bekanntlich in keiner Weise, eine Mächtiggruppierung zu schaffen, die gegen einen anderen Staat gerichtet ist. Bereits im Jahre 1946 erklärte Genosse Stalin in seiner Antwort auf die Fragen des Korre- spondenten der „Sunday Times“, Mr. Alexander Werth:

„Ich glaube, daß eine Zunutzemachung Deutschlands durch die Sowjetunion gegen Westeuropa und die Ver- einigten Staaten ausgeschlossen ist. Ich glaube, daß es nicht nur deshalb ausgeschlossen ist, weil die Sowjet- union an Großbritannien und Frankreich durch den gegenseitigen Unterstützungsvertrag gegen eine deutsche Aggression und durch die Beschlüsse der Potsdamer Kon- ferenz der drei Großmächte an die Vereinigten Staaten von Amerika gebunden ist, sondern auch deshalb, weil eine Politik der Zunutzemachung Deutschlands gegen Westeuropa und die Vereinigten Staaten von Amerika eine Abkehr der Sowjetunion von ihren grundlegenden nationalen Interessen bedeuten würde.“¹⁾*)

*) „Tägliche Rundschau“ vom 25. September 1946.